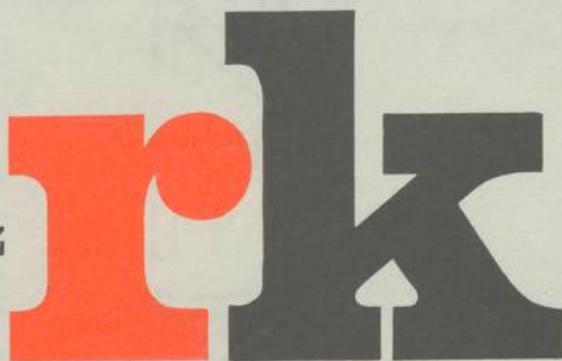


rathaus · korrespondenz



Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
 So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

gegründet 1861

Freitag, 23. April 1982

Blatt 1102

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Wiener Landtag
 (rosa) Wiener Gemeinderat
 VOEST übernimmt AKPE
 Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
 Wiener Stadtanleihe um 300 Millionen aufgestockt
- Politik:** Atombombenopfer aus Hiroshima bei Gratz
 (rosa)
- Lokal:** Sperre der Prinz-Eugen-Straße
 (orange) Schärf-Preis für den "Historischen Atlas von Wien"
- Kultur:** Überreichung des Jugendbuchpreises
 (gelb)
- Nur
 über FS: 22.4. "Wasserleiche" im Donaukanal
 Plötzlicher Tod in der Straßenbahn
 Stromstörung in Favoriten
 23.4. Von Zug erfaßt und getötet
 Haydn-Matinee im Bezirksmuseum Alsergrund
 Wiener Frühjahrsputz 1982
 Samstag Einschränkungen bei City-Bus

Sperrung der Prinz-Eugen-Straße

=++++

3 Wien, 23.4. (RK-LOKAL) Umfangreiche Bauarbeiten werden ab kommender Woche in der Prinz-Eugen-Straße zu Verkehrsbehinderungen führen. Ab Montag, den 26. April, muß die Prinz-Eugen-Straße zwischen Plößlgasse und Theresianumgasse in Fahrtrichtung stadtauswärts werktags jeweils zwischen 7 und 17 Uhr für den Autoverkehr gesperrt werden. Die Umleitung erfolgt über Plößlgasse, Argentinierstraße und Theresianumgasse. Die Einbahnführung der Argentinierstraße wird in diesem Bereich umgedreht. In den Abend- und Nachtstunden sowie an den Wochenenden kann die Prinz-Eugen-Straße in beiden Richtungen befahren werden. Diese Bauphase wird ca. drei Wochen dauern.

Im Anschluß daran werden die Bauarbeiten in Richtung stadtauswärts ausgedehnt. Die Umleitung führt dann über Plößlgasse, Argentinierstraße, Theresianumgasse, Mommsengasse und Goldeggasse. Diese Regelung wird auch in den Nachtstunden und an den Wochenenden gelten.

Insgesamt werden die Wasserrohrlegungs-, Gleisbau- und Straßenbauarbeiten in der Prinz-Eugen-Straße bis Oktober dauern.
(Schluß) ger/bs

NNNN

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

=++++

4 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Dienstag, dem 27. April, findet um 11.30 Uhr im Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes ein Pressegespräch des Bürgermeisters statt. In Vertretung von Bürgermeister Leopold GRATZ, der sich Dienstag zu einem offiziellen Besuch in Westberlin befindet, wird Frau Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER dieses Pressegespräch abhalten. Außerdem wird u.a. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER über eine neue Informationskampagne über Zahnhygiene berichten. (Schluß) sti/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages (Vorsitz Landtagspräsident PFOCH, SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), ob die Bereitschaft bestehe, bei den zuständigen Stellen der Bundespolizei im Interesse einer wirkungsvollen Überwachung des Erholungsgebietes "Donauinsel" den Einsatz von Polizisten zu Pferde zu erwirken, antwortete Landeshauptmann GRATZ, er sei grundsätzlich nicht zum Einsatz von Polizisten zu Pferd bereit. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche grundsätzlichen Erwägungen dafür maßgebend sind, antwortete Gratz, es mögen viele sachliche Gründe dafür sprechen, jedoch müsse man in einem Land, in dem gewisse historische Erfahrungen eine Rolle spielen, darauf Rücksicht nehmen. In Österreich ist einer der sensiblen Punkte der Einsatz von Polizisten zu Pferde gegen Demonstranten, Assoziationen dazu würden sich auf der Donauinsel ergeben. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er sich vorstellen könnte, gemeinsam die Klischeevorstellungen und Vorurteile abzubauen, sagte Gratz, was für Junge Vorurteile und Klischees sein mögen, ist für viele Menschen Teil der persönlichen Erfahrung und des sensiblen Geschichtsbewußtseins. In Österreich ist gegenwärtig die Zeit dafür nicht reif.

Auf die ZWEITE ANFRAGE, von LABg. Ing. RIEDLER (SPÖ), ob bereits Äußerungen der im Nationalrat vertretenen Parteien zur bundeseinheitlichen Kennzeichnung von Kurzparkzonen, wie das der Wiener Landtag am 12. März einstimmig verlangt hat, vorliegen, antwortete Landeshauptmann Gratz, daß alle drei Fraktionen des Nationalrates seinen Brief positiv beantwortet haben. Am 24. März wurde eine entsprechende Regierungsvorlage eingebracht. (Forts.)
and/bs

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. ARTHOLD (ÖVP), welche Wiener Schulen über eine ausreichende Versorgung mit Turnsälen verfügen, antwortete Landeshauptmann GRATZ, daß jede Wiener Pflichtschule einen eigenen Turnsaal hat, teilweise wird sogar ein zweiter errichtet. Für 1982 sind drei zusätzliche Turnsaalbauten vorgesehen. In Wien besteht als einzigem Bundesland für jene Berufsschüler, die Turnen als Freifach gewählt haben, die Möglichkeit zu sportlicher Betätigung. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Versorgung der Wiener Bundesschulen, antwortete Gratz, daß er im Augenblick nicht über die notwendigen Unterlagen verfüge, aber demnächst antworten werde. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er bereit sei, Abhilfe bei den Mißständen an den berufsbildenden Schulen zu schaffen, antwortete Gratz, wenn solche Mißstände bestehen, würden sie gemeinsam mit dem zuständigen Ministerium beseitigt.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. MRKVICKA (SPÖ), wie sich die seit der Kinogesetznovelle errichteten Kino-Zentren bei der Wiener Bevölkerung bewährt haben, antwortete Stadtrat Dr. ZILK (SPÖ), daß der Erfolg erwartungsgemäß gut war. Die Zunahme der Besucherzahl betrug 50 Prozent, in einem Kino sogar 100 Prozent, weil die Besucher die Möglichkeit zur Wahl zwischen mehreren Angeboten haben. Die Zunahme ging allerdings zulasten der Kleinkinos und Kinos in den Randgebieten. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Zunahme auf das Filmangebot zurückzuführen ist, antwortete Zilk, daß diese Vermutung richtig ist. Es gibt kein Kinozentrum, in dem nicht auch kulturell wertvolle Filme gespielt werden. Dazu kommt, daß der Einsatz eines Films über längere Zeit positiv wirkt, weil einige Tage nach Anlaufen eine Besucherzahlsteigerung festzustellen ist. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach neuen Kinos in Stadtrandgebieten antwortete Zilk, daß derzeit keine Absicht wegen geringen Intesses der Besucher besteht. Es werden aber trotzdem entsprechende Bedarfsuntersuchungen durchgeführt. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. OBLASSER (SPÖ) nach finanziellen Vorleistungen durch das Land Wien für den Verkehrsverbund, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß insgesamt für den 1974 gegründeten Verkehrsverbund 29,8 Millionen Schilling vom Bund Wien, Niederösterreich und Burgenland geleistet wurden. Die Vorleistung der Stadt Wien beträgt bis 1981 rund 8 Millionen, bis Ende 1982 werden sich die Ausgaben auf 10,2 Millionen S erhöht haben.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Vorarbeiten zur Realisierung des Verkehrsverbundes berichtete Stadtrat Mayr, daß der Tarifverbund für den Schienenverkehr bereits fertig ausgearbeitet ist. Er beinhaltet neben dem einheitlichen Tarifsysteem ein leicht handhabbares Verkaufssystem, abgestimmte Fahrpläne, eine koordinierte Linienführung und eine einheitliche Fahrgastinformation.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann der Verkehrsverbund in Kraft treten wird, sagte Mayr, daß es bisher vor allem von seiten Niederösterreichs eine Ablehnung zur Kostenteilung gegeben habe. Er hoffe, daß in den nächsten Wochen eine Einigung erzielt werden kann.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. KUCHAR (FPÖ), in welcher Höhe die Wohnbaugenossenschaften "Glashütte-Nöst" und "Gesta" Wohnbauförderungsmittel des Landes Wien erhalten haben, stellte Stadtrat HATZL (SPÖ) fest, daß an diese Bauträger in den letzten Jahren keine Förderungsmittel des Landes Wien ausbezahlt wurden.
(Forts.) ba/bs

NNNN

23. April 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1108

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was Stadtrat HATZL dazu bewogen habe, die beiden Wohnbaugenossenschaften von einer Förderung auszuschließen, sagte Hatzl, daß dies eine Vorsichtsmaßnahme gewesen sei, da Funktionäre der WBO auch in der "Glashütte-Nöst" und "Gesta" tätig sind. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Stadtrat Hatzl eine Überprüfung der beiden Genossenschaften veranlassen ließ und ob eine widmungsfremde Verwendung von Wohnbauförderungsgeldern vorliege, sagte Hatzl, daß in den letzten Jahren keine Förderungsmittel ausbezahlt wurden und daß ihm kein schädigendes Verhalten bekannt sei.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von Labg. HOLUB (SPÖ), in welcher Form das Wohnbausonderprogramm der Bundesregierung durch das Land Wien aufgegriffen wird, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), daß 1.500 städtische Wohnungen zusätzlich in Wien errichtet werden. Durch das Wohnbausonderprogramm kann 1982 die Anzahl der geförderten Wohnungen von 5.500 auf 7.000 gesteigert werden. Die Bauvorhaben des Wohnbausonderprogramms sind auf mehrere Wiener Bezirke gestreut. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Haltung der ÖVP im Wohnbauförderungsbeirat, stellte Stadtrat Hatzl fest, daß die Wiener ÖVP ihre bisherige Haltung zum Wohnbausonderprogramm offensichtlich geändert hat und grundsätzlich zustimmen wird. (Schluß) ba/gg

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. KNEIDINGER (SPÖ), wie hoch die Fälligstellungen von Wohnbauförderungsmitteln in den letzten Jahren sind, sagte Stadtrat HATZL, daß seit 1978 insgesamt 47 Millionen S fällig gestellt worden sind. Die Fälligstellungen betreffen Wohnungen mit öffentlicher Förderung, wie widmungsfremd verwendet werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Vereinnahmung der Fälligstellungen möglich war, sagte Hatzl, daß dies im wesentlichen sofort der Fall war, zum jetzigen Zeitpunkt sind lediglich 2,5 Millionen strittig. Daraus geht die erfolgreiche Arbeit der Überprüfungsorgane hervor.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg. HAHN (ÖVP), wie hoch der Stand der Wohnbauförderungssonderrücklage mit Stichtag 15. April 1982 ist, sagte Stadtrat Hatzl, daß der Stand 1,427 Milliarden Schilling beträgt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob heuer noch keine Bundesmittel überwiesen worden sind, da ja heuer erst 474 Millionen S Förderungen bewilligt wurden und der Stand der Rücklage zum Jahresende 1981

1,976 Milliarden betragen hat, sagte Stadtrat Hatzl, daß die erste Tranche der Bundesmittel bereits überwiesen wurde, jedoch vorzeitige Auszahlungen, die nicht durch die Landesregierung laufen, die Optik verfälschen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, in welchem Ausmaß bereits Bundesmittel zur Verfügung gestellt wurden, sagte Hatzl, das könne er ohne Unterlagen nicht genau sagen. Es sind jedoch in dreieinhalb Monaten bereits über 1 Milliarde an Förderungsmitteln ausbezahlt worden. Zum Vorwurf Hahns, das Sonderwohnbauprogramm des Bundes bringe keine wesentliche Verbesserung, sagte Hatzl, daß sich durch dieses Programm allein der Bau von kommunalen Wohnungen in Wien 1982 von 1.800 auf 3.300 Einheiten erhöht. (Forts.) gab/bs

NNNN

23. April 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1110

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Die ZEHNTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die ELFTE ANFRAGE von Labg. Ing. SVOBODA (SPÖ) bezüglich der Koordinationsmaßnahmen des Wiener Zivilschutzes im Katastrophenfall, sagte Stadtrat SCHIEDER, daß die Koordination zwischen den Bezirksvorstehungen und dem Bürgermeister vorgesehen ist. Die Bezirksvorsteher und die Bezirksräte sollen als Funktionäre des Zivilschutzverbandes auf die Erfüllung von Aufgaben im Katastropheneinsatz vorbereitet werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Organisation des Zivilschutzes auf Bezirksebene, sagte Schieder, daß er die Einrichtung von Bezirksorganisationen vorschlagen wird, denen der Bezirksvorsteher und 6 bis 10 Mitglieder des Bezirksrates angehören. Diesen Organisationen sollen zielgerichtete Aktionen wie die Schutzraumerhebung oder die Wasserstellenerfassung obliegen.

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von LAbg. EBERHARDT (ÖVP), ob sich die Richtsätze für die Gewährung von Unterstützungen nach dem Wiener Sozialhilfegesetz bisher als ausreichend erwiesen haben, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß für Frauen ab dem 60. und für Männer ab dem 65. Lebensjahr sowie für erwerbsunfähige Personen der volle Richtsatz mit Zuschlag gegeben werde. Diese Summe ist in Wien der Höhe einer Mindestpension mit Ausgleichszulage angeglichen. 1982 erfolgte demgemäß eine Erhöhung um 6,8 Prozent. Eine besondere Begünstigung gibt es bei Familien beziehungsweise Einzelpersonen mit Kindern. Alle übrigen Personen erhalten die einfachen Richtsätze, die 1982 mit dem Faktor der allgemeinen Pensionsanpassung (5,2 Prozent) angehoben wurden. Im Zusammenhang mit den sonstigen Leistungen des Sozialamtes haben sich die Richtsätze bisher als durchaus ausreichend erwiesen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum gerade bei werdenden Müttern gespart werde, für die erstmals eine Verschlechterung eingetreten sei, antwortete STACHER, daß dies nicht richtig sei. Es sei keine Verschlechterung eingetreten. In einer zweiten Wortmeldung sagte EBERHARDT, daß eine Verringerung der Einkommensgrenzen festgelegt worden sei. Er stellte die FRAGE, wie hoch die dadurch erzielte Einsparung sei. STACHER antwortete, daß die Einkommensgrenzen n i c h t herabgesetzt worden seien.

Zwtl.: Anträge

Dem Landtag lagen Anträge der ÖVP betreffend die Verlegung der höheren Abteilung für Flugtechnik von Wien nach Eisenstadt und betreffend die Änderung der Wohnbeihilfenverordnung vor. (Forts).
ger/fe

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Luftreinhalte-Novelle

=++++

13 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Über das sogenannte "Luftreinhaltegesetz", eine Novelle des Wiener Feuerpolizeigesetzes, referierte Stadtrat NEKULA (SPÖ). Die Novelle wurde seit 1980 von einem eigenen Unterausschuß des Ausschusses für Personal- und Rechtsangelegenheiten behandelt.

Seit dem Inkrafttreten des Wiener Feuerpolizeigesetzes im Jahre 1957 sind eine Reihe von technischen und gesellschaftlichen Veränderungen vor sich gegangen. Geänderte Heizkosten und ein neues Umweltbewußtsein haben eine Novellierung notwendig gemacht. Die Arbeiten wurden gemeinsam mit den Geschäftsgruppen Stadtplanung und Umwelt und Freizeit sowie mit den Magistratsabteilungen 22, 32, 64 und 68 durchgeführt. Ziel der Gesetzesänderung ist es, den im Gegensatz zu Verkehr und Industrie in Landeskompetenzen fallenden Hausbrand dem geänderten Umweltbewußtsein anzupassen. Darüber hinaus wurden Bestimmungen über die Einsparung von Energie erarbeitet.

Die Novelle besteht aus zwei Teilen. Der erste befaßt sich mit der Verhütung von Bränden, der zweite enthält die Bestimmungen zur Luftreinhaltung und Einschränkung von Luftverunreinigungen. Kernstück des Gesetzesentwurfes bilden die Bestimmungen über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Erstellung eines Umwetalarmplanes und eines Katastrophenschutzplanes, die beide im Entwurf bereits fertig sind. Die schon bisher durchgeführten Messungen der Luftqualität sind nunmehr gesetzlich verpflichtend und die Ergebnisse dem Gemeinderat periodisch vorzulegen. Im Sinne der Energieeinsparung hält das Gesetz eine viermal jährlich durchgeführte Überprüfung der Feuerungsanlagen für notwendig.

Die Luftreinhaltene Novelle soll am 1. Jänner 1983 in Kraft treten.
(Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Luftreinhalte-Novelle

=++++

15 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Labg. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, die Novelle sei das Ergebnis eines größeren Umweltbewußtseins, dem der Gesetzgeber nun Rechnung trägt. Er begrüßte sie als Möglichkeit, Kompetenzunschärfen zu beseitigen. Noch besser wäre jedoch ein eigenes Luftreinhaltegesetz gewesen. Er vermißte die Festlegung von Grenzwerten und einen Maßnahmenkatalog, was zu geschehen hat, wenn diese überschritten werden. Es sei nicht damit abgetan, nur zu messen und zu katalogisieren. Der Paragraph 14 verpflichtet, einen Umweltalarmplan zu erstellen. Er bezweifelte, daß bald ein solcher veröffentlicht werde. Er verlangte die Vorlage des Katastrophenalarmplans an die Abgeordneten.

Wie wichtig ein Maßnahmenkatalog für Vorgangsweisen bei Luftverschmutzung ist, beweise die Tatsache, daß in London im Jahre 1952 bei Smog zusätzlich 4.000 Menschen starben. Sollte ein solcher Gefahrenfall in Wien eintreten, müßte bekannt sein, was zu tun ist.

Pawkowicz bezeichnete die Luftreinhaltenovelle als wichtigen Schritt zu einer gesunden Umwelt. Damit werde eine Forderung der Freiheitlichen aus dem Jahre 1978 (nach einem Luftreinhaltegesetz) teilweise erfüllt. In einem solchen Gesetz müßten auch Möglichkeiten für Verkehrsbeschränkungen enthalten sein, man dürfe jedoch jetzt nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern müsse weitere Schritte für Umweltverbesserungen setzen.

Abschließend verwies Pawkowicz darauf, daß sich Dr. HIRNSCHALL bereits vor sieben Jahren mit dem Problem der Wegwerfflaschen auseinandergesetzt hat. Erst jetzt gebe es auch bei der Gemeinde Wien entsprechende Überlegungen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Luftreinhalte-Novelle

=++++

16 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Dr. KRASSER (ÖVP) wies darauf hin, daß die ÖVP schon vor längerer Zeit einen Initiativantrag betreffend Luftreinhaltegesetz eingebracht hat. Auf seine Initiative wurde ein Unterausschuß, der über das nun vorliegende Gesetz beriet, eingesetzt. Die Luftreinhalte-Novelle war notwendig und wichtig. Ihr Nachteil: Es wird nur einem Teil der Ursachen der Luftverschmutzung zu Leibe gerückt. Die Luftreinhalte-Novelle erfaßt nur die Emissionen der Haushalte und nicht die gewerblichen Betriebe. Die Gewerbebetriebe unterliegen wiederum dem Betriebsanlagegesetz. Krasser kritisierte die kompetenzmäßige Zerflatterung des Umweltschutzes. Die Regierung habe es nicht zusammengebracht, zu einer Einigung in der Rechtszersplitterung des Umweltschutzes zu kommen. Viele Maßnahmen, die das Gesetz zum Umweltschutz verlangt, gehen auf Anregung der ÖVP zurück. Die Novelle sei notwendig, brauchbar und vollziehbar, aber bis zu ihrer Beschlußfassung habe es viel zu lange gedauert.

LAbg. Ing. SVOBODA (SPÖ), wies auf die veränderte Einstellung der Menschen zum Umweltschutz hin. Der Wunsch zur Erhaltung einer gesunden Umwelt steht bei vielen Menschen an erster Stelle. Die Umweltqualität Wiens ist besser, als in vergleichbaren Städten. Trotz einer Zunahme des Verkehrs ist die Luftqualität nicht schlechter geworden. Das beweist, daß viele Maßnahmen für den Umweltschutz in Wien getroffen wurden. Bereits 1979 wurden im Stadtentwicklungsplan die Ziele eines effektiven Umweltschutzes festgelegt. Die ÖVP hat den Initiativantrag eingebracht, obwohl bereits an der Gesetzesnovelle gearbeitet wurde und die Ziele im Stadtentwicklungsplan feststanden. LAbg. Svoboda erläuterte die Vorteile dieses Gesetzes an Hand der einzelnen Paragraphen. Das Gesetz werde mehr Lebensqualität bringen und ist daher ein weiterer Schritt für eine humane Umwelt. (Forts.) ba/bs

Wiener Landtag (11)

Utl.: Luftreinhaltenovelle

=++++

18 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Im letzten Jahrzehnt ist es gelungen, die Frage des Natur- und Umweltschutzes zu einem der wichtigsten Schwerpunkte der Politik zu machen, sagte LABg. OUTOLNY (SPÖ). Das Humanprogramm der SPÖ 1969 gab dazu einen entscheidenden Anstoß. Es war das Jahrzehnt der SPÖ-Alleinregierungen in Bund und Wien, in welchem erstmals eigene Ressorts für den Umweltschutz geschaffen wurden. Das Gesetz, das heute beschlossen wird, ist für den Umweltschutz außerordentlich bedeutsam.

Zu den effizientesten Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität gehört die Fernwärmeversorgung. Ihr intensiver Ausbau kommt nicht nur den unmittelbaren Konsumenten, sondern der gesamten Bevölkerung zugute und hat auch einen volkswirtschaftlichen Nutzeffekt.

In Wien ist es gelungen, die Qualität der Luft trotz eines beachtlichen Anteils an Schadstoffimporten stabil zu halten. Eine der bedeutendsten Umweltschutzmaßnahmen der letzten Zeit ist die Senkung des Bleigehalts im Benzin. Der Kraftfahrzeugverkehr führt zu einer der am unmittelbarsten spürbaren Beeinträchtigungen der Umwelt. Wir werden nicht darum herumkommen, sagte Outolny, uns mit dieser Frage auseinanderzusetzen.

Wir müssen alles tun, um Umweltschädigungen möglichst von vornherein zu vermeiden. Dies ist letztlich auch volkswirtschaftlich billiger als eine nachträgliche Reparatur. Manche Schäden sind auch nachträglich überhaupt nicht mehr gut zu machen. Langfristig wird der Natur- und Umweltschutz zu einer Überlebensfrage für unsere Gesellschaft. Wir müssen uns dieser Herausforderung stellen, schloß Outolny. (Forts.) ger/gg

NNNN

23. April 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1116

Wiener Landtag (12)

Ütl.: Luftreinhalte-Novelle

=++++

19 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. STRUNZ (ÖVP) belegte in seiner Wortmeldung die schlechte Luftqualität Wiens mit einigen Zahlen. Beim Schwefeldioxydgehalt der Luft liegt Wien im Spitzenfeld der österreichischen Städte. Dazu kommen noch Emissionen aus Heizungen, Kraftwerken und Kraftfahrzeugen. Bei austauscharmen Wetterlagen können bis zu 20 und 30-fache Überschreitungen der Grenzwerte entstehen, wie sich im Ruhrgebiet gezeigt hat. Obwohl Stadtrat SCHIEDER immer erklärt habe, er brauche so etwas nicht, sei nun endlich ein Umweltalarmplan fertig, erklärte LABg. Dr. Strunz. Zusätzlich wäre es aber auch notwendig, Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen.

Abschließend erklärte LABg. Dr. Strunz, das Problem der Luftreinhaltung sei bisher nur durch die ineffiziente Behandlung seitens der Stadtregierung so hinausgezögert worden. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Landtag (13)

Utl.: Luftreinhaltenovelle

=++++

23 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) wies darauf hin, daß er bereits seit vielen Jahren immer wieder zu den geäußerten Vorwürfen Stellung genommen hat.

Er sei den Befassten dankbar, daß das Gesetzeswerk in dieser Form zeitgerecht und so umfassend fertiggestellt wurde, weil damit ein wesentlicher Beitrag im Interesse des Umweltschutzes geleistet werde, sagte Schieder weiter. Die Regelung der Grenzwerte und die Alarmpläne werden vorliegen, wenn das Gesetz in Kraft ist. Wohl gibt es bereits eine Vielzahl von Unterlagen, doch soll nun auch noch die Akademie der Wissenschaft eingeschaltet werden, um jeden Zweifel auszuschließen, daß Einfluß auf die Grenzwerte genommen wird. An Labg. DDr. STRUNZ gewandt, stellte Schieder fest, dieser wisse natürlich, daß nur punktuelle Messungen vorgenommen wurden und daß für einen Smogalarm eine Konzentration von 0,8 mg Schwefeldioxyd an mehr als 50 Prozent der Meßstellen notwendig ist. Auch sei bekannt, daß die Messungen über zwölf Jahre vorhanden sind. Aufgrund dieser Daten läßt sich beweisen, daß Wien im internationalen Vergleich sehr gut liegt. Auch nach den strengsten Smogalarmplänen wäre in Wien kein Smogalarm notwendig gewesen. Um Gefahren auszuschließen, wurde für General Motors Fernwärme vorgeschrieben, und die Kraftwerke Simmering und Donaustadt verwenden schwefelärmeres Heizöl. Er unterstrich, daß es auch jetzt schon die erforderlichen Pläne gibt, sie heißen jedoch nicht ausdrücklich "Alarmplan". Die Unterlagen sind vorhanden, nun werde die feierliche Taufe vorgenommen. Schieder betonte, daß das Wiener Beispiel international anerkannt werde: Etwa die IIASA und die Weltgesundheitsorganisation arbeiten auf der Basis des von ihnen als "Wiener Modell" bezeichneten Konzepts. Nur im Landtag und Gemeinderat gebe es ständig Kritik. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Landtag (14)

Utl.: Luftreinhaltenovelle

=++++

24 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Bezugnehmend auf die FP-Forderung nach Regelungen für Einwegflaschen gab Schieder einen Überblick über die bis zum Jahre 1972 zurückreichenden Initiativen. Unter anderem gab es 1974 eine Verpackungsenquête, und zahlreiche Gespräche mit Brauereien, Getränkeherstellern und dem Fachverband der chemischen Industrie folgten.

In seinem SCHLUSSWORT stellte Stadtrat NEKULA (SPÖ) fest, daß vom ursprünglichen Magistratsentwurf und dem Initiativantrag außer dem Titel nichts übrig geblieben ist. Er führte dies darauf zurück, daß ein sehr modernes Gesetz geschaffen wurde, das dem letzten Stand der Technik Rechnung trägt. Der Wiener Landtag könne jedoch mangels Kompetenz nur den Hausbrand, nicht aber die anderen Materien regeln.

Damit wird ein weiterer Schritt zur Hebung der Lebensqualität getan, sagte Nekula abschließend.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

NNNN

23. April 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1119

Wiener Landtag (15)

Utl.: Rechnungshofbericht

=++++

25 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) LABg. SEVCIK (SPÖ) beantragte, den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Überprüfung der Gebärung der österreichischen Fremdenverkehrswerbung zur Kenntnis zu nehmen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Zwtl.: Auslieferungsbegehren

LABg. PÖDER (SPÖ) referierte das Auslieferungsbegehren von LABg. Günter SALLABERGER (SPÖ) zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Verdachtes der üblen Nachrede. Der Immunitätsausschuß vertritt die Ansicht, daß Privatklagen wegen politischen Äußerungen einem alten Prinzip zufolge, keine Auslieferung nach sich ziehen sollen. Pöder empfahl daher, daß dem Begehren der Auslieferung nicht stattgegeben wird.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

LABg. Dr. KRASSER (ÖVP) referierte das Auslieferungsbegehren von LABg. Anton FÜRST (ÖVP) zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Verdachts der üblen Nachrede. Krasser empfahl ebenfalls, von der Auslieferung Abstand zu nehmen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Die Sitzung wurde um 12 Uhr geschlossen . (Forts.) ba/fe

NNNN

Schärf-Preis für den "Historischen Atlas von Wien"

=++++

14 Wien, 23.4. (LOKAL/KULTUR) Bei der 20. Verleihung des von der Zentralsparkasse errichteten Dr.-Adolf-Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften erhielt das Projektteam, bestehend aus Dipl.-Ing. Dr. Renate BANIK-SCHWEITZER, Dr. Gerhard MEISSL, Dr. Ferdinand OPLL, Erich KOPECKY und Hans-Michael PUTZ, für weitere wissenschaftliche Forschungen einen Förderungspreis.

Der Historische Atlas von Wien, der im Wiener Landesarchiv in Zusammenarbeit mit der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft erarbeitet wird, ist der erste Atlas einer europäischen Stadt, der in thematischen Karten die politische, wirtschaftliche, soziale und räumliche Stadtentwicklung darstellt. Bereits die vorliegende erste Lieferung hat den Beweis erbracht, daß die für das 19. und 20. Jahrhundert gewonnenen Erkenntnisse nicht nur für die historische Wissenschaft, sondern auch für die Kommunalpolitiker von großem Wert sind.

(Schluß) red/fe

NNNN

Atombombenopfer aus Hiroshima bei Gratz

=++++

17 #Wien, 23.4. (RK-POLITIK) Bürgermeister Leopold GRATZ empfing Freitag eine Delegation der Vereinigung der Atombombenopfer Japans aus Hiroshima, die ihm eine Botschaft des Bürgermeisters von Hiroshima Tahashi ARAKI überreichte.#

Die Sprecher der Delegation erklärten, daß man in der Welt viel zu wenig über die Wirkung und über die Spätfolgen von Atombomben wisse. In Japan leiden heute noch 350.000 Menschen an den Folgen der beiden Atombombenwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 37 Jahren. Die Delegation befindet sich seit zwei Wochen in Österreich und hat bisher in 18 Städten zu mehr als 20.000 Menschen gesprochen.

Bürgermeister Gratz verwies darauf, daß auch Wien die Schrecken des Krieges unmittelbar kennengelernt hat, wenn auch nicht in solch furchtbarem Ausmaß wie Hiroshima und Nagasaki. Die Jugend der ganzen Welt trete mit Recht für den Frieden ein, nicht für oder gegen einen Machtblock, sondern mit einem Appell an alle in Nord und Süd, Ost und West, die Rüstung einzuschränken. (Schluß) sti/gg

NNNN

Wiener Stadtanleihe um 300 Millionen aufgestockt

Utl.: Außerordentlich gute Marktaufnahme

=++++

37 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die in dieser Woche aufgelegte Wiener Stadtanleihe - der erste "Zehnprozentner" des heurigen Jahres - fand auf dem Markt eine außerordentlich gute Aufnahme. Das Volumen der Anleihe von 900 Millionen wurde daher Freitag um 300 Millionen auf 1,2 Milliarden aufgestockt. (Schluß) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

27 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde unter dem Vorsitz von Gemeinderat MAYRHOFER mit der Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. MRKVICKA (SPÖ), welche Ergebnisse die Gespräche mit den Interessenvertretungen der Wiener Arbeitgeber bezüglich der Lehrstellen für Schulabgänger gebracht haben, sagte Bürgermeister GRATZ, daß es noch kein konkretes Endergebnis gibt, aber alle Beteiligten ihre Bereitschaft bestätigt haben, möglichst ausreichend Lehrstellen zur Verfügung zu stellen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Stadt Wien, falls es im Herbst doch diesbezüglich Schwierigkeiten gibt, Programme zur Beschäftigung und Ausbildung der Jugendlichen fördern will, sagte Gratz, daß sich die Stadtverwaltung diesbezüglich sicherlich bemühen wird, falls die anderen Möglichkeiten erschöpft sind. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Stadt Wien eventuell selbst mehr Lehrlinge aufnehmen wird, sagte Gratz, es ist daran gedacht, im Bereich der Holding und in Bereichen der Stadtverwaltung, die manuelle Ausbildung vermitteln, mehr Lehrlinge aufzunehmen. Bei den Bürolehrlingen würde man durch eine vermehrte Aufnahme den Absolventen der Handelsschulen Plätze blockieren. Daher muß hier ein Mittelweg gefunden werden.

Die zweite Anfrage wurde zurückgezogen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

28 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. WÖBER (ÖVP), welche Stellungnahme er zu einem generellen Belastungsstopp bei Steuern und Abgaben und zur Schaffung steuerlicher Investitionsbegünstigungen bezieht, sagte Bürgermeister GRATZ, daß dieser Fragenkomplex nur in einer wirtschaftspolitischen Debatte ernsthaft behandelt werden kann. Es sei jedenfalls fraglich, ob steuerliche Förderungen besser sind, als gezielte Maßnahmen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er Maßnahmen zur Abkehrung von Großprojekten und zur für die Beschäftigungslage effizienteren Förderung von Klein- und Mittelbetrieben treffen will, sagte Gratz, er kann der in der Fragestellung enthaltenen Aussage nicht beitreten.

Im Übrigen ist die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe für die Wiener Wirtschaft genauso notwendig, wie bestimmte Großprojekte.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er nicht der Stadterneuerung den Vorrang vor dem weniger beschäftigungsschaffenden Konferenzzentrum geben will, und ob er nicht das diesbezügliche Volksbegehren unterschreiben will, sagte Gratz, das Volksbegehren werde er sicher nicht unterschreiben. Daß die Stadterneuerung in Wien absoluten Vorrang hat, kann man ohnedies an vielfältigen Maßnahmen sehen.

(Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

29 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), was er unternehme, um den weiteren Verfall des Wiener Stadions zu verhindern, antwortete Stadtrat SCHIEDER, daß in den letzten Jahren laufend Beträge aufgewendet wurden, um den Verfall hintanzuhalten. Eine genaue Untersuchung zeigte, daß auch heuer und in den nächsten Jahren Aufwendungen notwendig sein werden. Derzeit finden Gespräche mit dem Bund statt, um zu klären, wieweit sich der Bund am Stadion, das ja jetzt vorwiegend Bundesspielstätte ist, beteiligt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er den Zustand, daß vor jeder größeren Veranstaltung im Stadion Diskussionen über dessen Sicherheit geführt werden, befriedigend finde, antwortete Schieder, daß vor jedem Spiel Begehungen stattfinden. Dies ist auch vor jeder Premiere in jedem Theater der Fall. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Bund über die Finanzierung des Stadions, antwortete Schieder, daß diese Verhandlungen derzeit stattfinden. Er habe bestimmte Vorstellungen, möchte jedoch über das Ergebnis der Verhandlungen im Augenblick noch keine Aussage machen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP), ob bei der Ausgestaltung des Weghuber-Parkes die Frage von Autoparkplätzen vor dem Justizministerium bereits gelöst sei, erläuterte Stadtrat SCHIEDER anhand eines Planes ausführlich die Situation. Der Bund besteht auf eine gewisse Anzahl von Parkplätzen auf seinem Grund vor dem Justizministerium. Diese Fläche muß ihm zur Verfügung gestellt werden. Hampel-Fuchs verwies darauf, daß sich die Bezirksvertretung für eine Erweiterung des Parks und gegen Parkplätze ausgesprochen habe, und stellte die Zusatzfrage, was Stadtrat Schieder tue, um diesen Wunsch zu erfüllen. (Forts.) ger/gg

NNNN

23. April 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1126

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

30 Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) SCHIEDER erklärte, daß er die Meinung der Bezirksvertretung teile. Es sei jedoch auf Grund der rechtlichen Situation nicht möglich, auf der Bundesfläche vor der Einfahrt zum Palais Trautson die Schaffung von Parkplätzen zu verhindern. HAMPEL-FUCHS stellte die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was er tun werde, um eine größere Parkfläche zu schaffen. Schieder antwortete, daß mehrere Versuche in dieser Richtung unternommen wurden. Das Justizministerium sei jedoch nicht bereit, von seinem Standpunkt abzurücken. Es besteht keine rechtliche Möglichkeit seitens der Stadt Wien, dies zu ändern. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

31 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. LUDWIG (SPÖ), ob es richtig sei, daß für die Planung eines Radwegekonzeptes in Favoriten ein Betrag von 12 Millionen S vorgesehen sei, antwortete Stadtrat WURZER (SPÖ), daß diese Meldung, die von einigen Tageszeitungen kolportiert wurde, unrichtig sei. Es handelt sich dabei nur um die theoretischen Kosten, die im Kontrollamtsbericht angeführt sind. Das Favoritner Radwegekonzept hat nur etwa 270.000 S gekostet. Zusammenfassend erklärte Stadtrat Wurzer, daß die 12 Millionen weder verplant worden seien, noch jemals Planungskosten in dieser Höhe erwogen worden seien.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche weiteren Veranlassungen er getroffen habe, antwortete Stadtrat Wurzer, er habe den Gruppenleiter für den Bereich Stadtplanung beauftragt, Verhandlungen über die Tarifgestaltung der Radwegplanung mit der Ingenieurskammer aufzunehmen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), was getan werde, um die Leistungen der Wiener Berufsschulen einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ), daß vom 3. bis 8. Mai die Woche der Wiener Berufsschulen stattfinden werde. Dabei wird es Tage der offenen Tür an allen Berufsschulen, Unterrichtsvorführungen, Leistungsschauen und Ausstellungen, wie etwa die zum neunzigjährigen Jubiläum der Berufsschule für Gastgewerbe, geben. Zahlreiche Sonderveranstaltungen, wie die feierliche Präsentation einer Sonderbriefmarke im 2. Zentralberufsschulgebäude, runden das reichhaltige Programm ab.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was im Rahmen der außerschulischen Bemühungen für die Berufsschüler getan werde, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, es bestehe ein dichtes Programm auf kulturellem und sportlichem Gebiet, das auch in Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 7 und 51 erstellt werde.
(Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

32 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Gertraud MARCHFELD (SPÖ), was die Stadt Wien unternehme, um in ausreichendem Ausmaß geeignete Pflegefamilien für Wiener Kinder zu finden, antwortete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, das Jugendamt habe im Vorjahr eine große Kampagne durchgeführt, mit der Familien gefunden werden sollten, die bereit sind, Kinder zu übernehmen. Mit dieser Kampagne wurden gezielt Personen angesprochen, die dafür in Frage kommen. Außerdem habe Ende vergangenen Jahres das erste Wiener Pflegefamilienfest im Mauthner-Schlößl stattgefunden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welchen Erfolg die Werbekampagne gehabt habe, antwortete Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner, es hätten sich 250 Personen gemeldet. Mit etwa 100 Anmeldungen sei man in engem Kontakt geblieben. Durch die Kampagne wären bisher 86 neue Pflegefamilien entstanden. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

33 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob Bereitschaft bestehe, die Übernahme von Sondermüll aus dem Ausland durch die EBS zu unterbinden, antwortete Stadtrat VELETA (SPÖ), daß es Verträge mit dem Ausland gegeben hat, von dort Sondermüll zu übernehmen. Seit Anlagen außer Betrieb genommen werden mußten, wurde kein Sondermüll mehr aus dem Ausland übernommen. Bis Ende Juni läuft ein Vertrag mit Ungarn. Die Anlieferung von dort beträgt jedoch nur 4 bis 5 Prozent der Leistung der EBS. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob mit den anderen Bundesländern Gespräche zur Errichtung von eigenen Entsorgungsanlagen geführt wurden, um die Belastung in Wien zu verringern, antwortete Stadtrat VELETA, daß die anderen Bundesländer durch die Publizität in dieser Angelegenheit sicher informiert sind. Für die Zukunft könne jedoch die Verbrennung von Sondermüll, der nicht in Wien anfällt, wegen der Möglichkeit zur Wärmegewinnung interessant werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die EBS auch in Zukunft Sondermüll aus den anderen Bundesländern übernehmen werden, obwohl die Emissionen für Simmering problematisch werden könnten, antwortete Stadtrat Veleta, es sei vordringlich, die Deponien im Bereich der EBS abzubauen und eine ordnungsgemäße Tätigkeit des Betriebes zu gewährleisten. Dann werde man überlegen, weiteren Sondermüll bei den EBS zu beseitigen. Zu einer Beeinträchtigung oder Gefährdung der Bewohner wird es nicht kommen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

34 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. HABERL (SPÖ), worin für die Mieter der Vorteil der Einhebung eines Erhaltungsbeitrages in den städtischen Wohnhausanlagen liege, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), daß der Vorteil des neuen Mietengesetzes darin liegt, in Zukunft die Anwendung des Paragraph 18 zu verhindern, weil die Kredite zu Belastungen für die Mieter führen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die dem Hausherrn zustehende Rendite weiter für das Haus verwendet wird, antwortete Stadtrat Hatzl, daß 20 Prozent des Erhaltungsbeitrages vom Hauseigentümer ohne Verrechnung verwendet werden dürfen. Die Stadt Wien läßt diesen Betrag jedoch nicht ins Budget fließen, sondern verwendet ihn ausschließlich für die Erhaltung des Hauses. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie die ausreichende Information der Mieter erfolgt, antwortete Stadtrat Hatzl, daß in mehreren Etappen vorgegangen wird: Es hat bereits einen Brief von ihm an die Mieter und ein Informationsblatt über das neue Mietrecht sowie zahlreiche Mieterveranstaltungen gegeben. Mitte Mai beginnt die gesetzlich vorgeschriebene formale Verständigung dort, wo ab Juni ein Erhaltungsbeitrag eingehoben wird. Mit diesen Maßnahmen wurde eine breite Information erzielt. Auch im Sommer wird es entsprechende Beratungsmöglichkeiten für Ratsuchende geben. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

35 Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. HIRSCH (SPÖ), ob auch die Hausinspektoren einen "langen Donnerstag" haben, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß die Hausinspektoren in das System des "Langen Donnerstag" eingebunden werden. Es wird überdies zu einer neuen Regelung der Sprechstunden kommen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Anzahl der Vorsprachen im abgelaufenen Jahr, sagte Stadtrat Hatzl, daß es 1981 mehr als 300.000 telefonische oder persönliche Vorsprachen bzw. Eingaben bei den Hausinspektoren gab.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der Schwerpunkttätigkeit der Hausinspektoren, berichtete Stadtrat Hatzl, der Schwerpunkt liege derzeit in der Information des neuen Mietrechtsgesetzes und dem Frühjahrsputz. Anschließend wird es eine Entrümpelungsaktion geben und ab Sommer eine Sonderaktion zur Feststellung von nichtbenützten Wohnungen.

Auf die 13. Anfrage von GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP), ob beim Kontrollamt eine Überprüfung des Lieferscheins einer Salzburger Düngemittelfirma beantragt wurde, antwortete Stadtrat Veleta, er habe diese Rechnung überprüft und keine Veranlassung gesehen, das Kontrollamt einzuschalten.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum man Sondermüll in den Kompost der Firma Biomüll eingearbeitet hat, sagte Veleta, daß nur jene Produkte an die Biomüll weitergegeben wurden, die keine Pestizide enthielten.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum die EBS dann einen Preis für giftige Lieferungen verrechnete, antwortete Stadtrat Veleta, daß es sich bei diesem Müll teilweise um Sperrmüll und teilweise um Sondermüll handelte. In der EBS ist eine Aussonderung des Mülls erfolgt. Es wurde daher ein Mischpreis von 3,40 Schilling vereinbart. (Forts.) ba/bs

23. April 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1132

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Stadtrat Mayr über AKH

=++++

36 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde meldete sich Stadtrat MAYR (SPÖ) mit einer Mitteilung über die beabsichtigte Fertigstellung des AKH durch die VOEST zu Wort (siehe dazu eigene "RATHAUSKORRESPONDENZ"). (Forts.) sei/gg

NNNN

VOEST übernimmt AKPE (1)

=++++

20 #Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR informierte Freitag in einer Mitteilung den Wiener Gemeinderat über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit der VOEST über eine Fertigstellung des AKH. Danach soll die VOEST sämtliche Geschäftsanteile der AKPE zum Nominalwert von 20 Millionen S übernehmen, das AKH bis 1989 zu einem Preis von 25,4 Milliarden (Preisbasis 1980) fertigstellen und dafür ein Entgelt von rund 300 Millionen S bekommen. Bestehende Kontrolleinrichtungen wie die begleitende Kontrolle bleiben aufrecht, die Bauherren haben in den wesentlichsten Dingen - etwa Projektsänderungen und bei Termin- und Kostenänderungen - weiterhin das Sagen, betonte Mayr.#

Die Verhandlungen zwischen dem Bund, der Stadt Wien und der VOEST werden seit Anfang des Jahres geführt und stehen nun kurz vor dem Abschluß. Das endgültige Verhandlungsergebnis soll dem Wiener Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung, sie findet am 4. Juni statt, zur Diskussion und Beschlußfassung vorgelegt werden. Auf seiten des Bundes und der Stadt Wien ist man der festen Überzeugung, daß die VOEST der geeignete Partner für eine rasche und wirtschaftliche Fertigstellung des AKH ist. Keinesfalls will man, so Mayr, mit der beabsichtigten Lösung eine "Kindesweglegung" am AKH betreiben. Die Bauherren, Bund und Stadt Wien, haben über die "ARGE AKH", einen neuzuschaffenden Beirat, und über den Aufsichtsrat weiterhin ein großes Entscheidungsrecht. Für die Information der politischen Gremien ist gesorgt. So wird der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales vierteljährlich Berichte über den aktuellen Planungsstand und über die Verwirklichung erhalten. Im Einzelfall kann dieser Gemeinderatsausschuß eine Weiterleitung dieser Berichte zur Diskussion im Wiener Gemeinderat beschließen. (Forts.) sei/gg

NNNN

VOEST übernimmt AKPE (2)

=++++

21 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Die wesentlichsten Punkte der geplanten Vereinbarung mit der VOEST sind:

- o Die VOEST übernimmt sämtliche Geschäftsanteile der AKPE zum Nominalwert von 20 Millionen S.
- o Die AKPE wird weiterhin treuhändig für den Bund und die Stadt Wien das AKH planen, errichten und betriebsbereit übergeben.
- o Als Organ von Bund und Stadt Wien bleibt die "ARGE AKH", in der der Bundesminister für Finanzen, der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, der Amtsführende Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik und der Amtsführende Stadtrat für Gesundheit und Soziales vertreten sind.
- o Die "ARGE AKH" wird sich eines Beirates bedienen, der aus neun Personen bestehen soll. Vier Beiratsmitglieder soll der Bund bestellen, vier die Gemeinde Wien und ein Vertreter soll aus dem Bereich des Direktoriums des alten AKH kommen.
- o Der "ARGE AKH" und dem Beirat ist vierteljährlich über den Planungsstand des Projektes und über die Art und den Stand der Umsetzung der planlichen Festlegung zu berichten.
- o Über Änderungen des Projektes entscheidet die ARGE AKH endgültig.
- o Die Berichte an die "ARGE AKH" und an den Beirat sollen dem Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales weitergeleitet werden.
- o In den neuen Aufsichtsrat der AKPE werden der Bund und die Stadt Wien je einen Vertreter entsenden.
- o Die begleitende Kontrolle bleibt bestehen.
- o Die VOEST nimmt den derzeit gültigen Termin- und Kostenplan zur Kenntnis. Nach diesem erfolgt eine Teilfertigstellung des AKH im Jahr 1985, die Fertigstellung des Hauptgebäudes Ende 1988 und die Gesamtfertigstellung einschließlich der Erweiterungsbauten Ost im Jahr 1989. Die Kosten des Projektes betragen auf Preisbasis 1980 25,4 Milliarden Schilling. (Forts.) sei/bs

VOEST übernimmt AKPE (3)

=++++

22 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL)

- o Die VOEST ist jedoch berechtigt, bis 31. Dezember 1983 gemeinsam mit der begleitenden Kontrolle einen neuen Termin- und Kostenplan zu erstellen, der durch den Bund und die Stadt Wien zu genehmigen ist. Damit soll die VOEST ohne Baustopp und ohne Bauverzögerung die Möglichkeit haben, die vorhandenen Unterlagen zu prüfen und eventuell neu zu bewerten.
- o Als Entgelt für die im Vertrag festgelegten Leistungen erhält die AKPE ein Honorar in der Höhe von 2,3 Prozent der Nettojahresbausumme, jeweils akontiert im Jänner. Werden z. B. 2 Milliarden verbaut, so beträgt in diesem Fall das jährlich Entgelt 46 Millionen. Da noch mehr als 13 Milliarden beim AKH ausständig sind, beträgt das gesamte Entgelt rund 300 Millionen. Bei Unterschreitung der Bauzeit ohne Kostenüberschreitung ist eine Prämie in Aussicht gestellt.
- o Vergaben sollen zunächst nach den in der verstaatlichten Industrie geltenden Bestimmungen erfolgen. Wiener Betriebe sollen, bei gleichen Konditionen, bevorzugt werden. Aufträge an Unternehmungen des VOEST-Alpine Konzernes bedürfen der Zustimmung der begleitenden Kontrolle. Sollte ein neues Vergabegesetz kommen, wird es vom Bundesgesetzgeber abhängen, inwieweit ein solches Gesetz auch auf eine Tochter eines verstaatlichten Unternehmens anzuwenden ist. Sollte dies nicht der Fall sein, müßte mit der VOEST verhandelt werden, das Vergabegesetz zumindest vom Grundsatz her anzuwenden.
- o Die VOEST beabsichtigt, den Unternehmensgegenstand der AKPE auf die Planung und Errichtung von Bauwerken aller Art (insbesondere von Krankenhäusern) im In- und Ausland zu erweitern. Sitz dieser Gesellschaft bleibt, auch nach Fertigstellung des AKH, Wien. Ebenso bleibt die Bevorzugung von Wiener Betrieben bei gleichen Konditionen aufrecht. (Forts.) sei/gg

NNNN

VOEST übernimmt AKPE (4)

=++++

38 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat MAYR ersuchte die im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien, die vorgeschlagene VOEST-Lösung sachlich zu überprüfen und zu diskutieren und dabei die parteipolitische Verlockung einer unsachlichen Polemik hintanzustellen. Es ist noch nicht entschieden, wer die Stadt Wien im künftigen Aufsichtsrat vertreten wird. Sollte dieser Vertreter aus der Finanzverwaltung kommen, wird aus Gründen der Kontinuität Obermagistratsrat Dr. HÖLLER entsandt werden. Mayr trat auch Gerüchten entgegen, die VOEST könnte 1983 bei einer eventuellen Neuerstellung eines Termin- und Kostenplanes "aussteigen". Diese Möglichkeit besteht nicht. Sollten sich die Bauherren und die VOEST wirklich nicht einigen können, wird ein Schiedsgericht entscheiden.

Mayr betonte abschließend, daß die VOEST beabsichtige, neben dem Bau des AKH auch weitere Aufträge hereinzunehmen. Wenn dies gelingt, wird die Wiener Wirtschaft nicht nur mit einer neuen Engineering-Firma bereichert, sondern es besteht auch die Möglichkeit, für die Wiener Industrie neue Aufträge zu bekommen. (Schluß) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Entsorgungsbetriebe

=++++

39 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat VELETA meldete sich mit einem Bericht über die EBS Simmering zu Wort. Veleta betonte, daß er damit zur Klärung der Situation beitragen wolle, da gegensätzliche Erklärungen und Berichterstattungen zur Verunsicherung der Bevölkerung, aber auch der Arbeitnehmer, bei den EBS führen.

Veleta wies darauf hin, daß die EBS zur Klärschlambeseitigung der Hauptkläranlage Wien (HKA) gegründet wurde und in der Folge auch die Aufgabe der schadlosen Beseitigung von gewässergefährdenden Sonderabfällen übernahm. Zur Optimierung der komplizierten Betriebsabläufe wurde schließlich die einheitliche Gesamtbetriebsführung der HKA und der EBS-Anlagen am 15. Juli 1981 der MA 30 übertragen.

Zur Funktionstüchtigkeit der HKA sagte Veleta, daß der Reinigungseffekt der Kläranlage zwischen 85 und 90 Prozent und damit wesentlich über dem gesetzlich vorgeschriebenen Ausmaß von 70 Prozent liegt.

Bei den EBS sind im Bereich der Schlammverbrennung die Entwässerung und die Verbrennung voll in Betrieb. Bezüglich der nichtbetriebsfähigen Mahltrockner wurde seitens der EBS dem Generalunternehmen der Teilrücktritt erklärt. Sämtliche Bereiche der Sondermüllbeseitigung - Fassbehandlung, Shredder-Anlage, CP-Anlage und ein Verbrennungsofen - sind voll in Betrieb. Da jedoch der Schlambeseitigung von Anfang an absolute Priorität eingeräumt wurde, führten die Schwierigkeiten bei der Verarbeitung des Schlammes zu einer Verzögerung der Verarbeitung der Sonderabfälle, die daher auf Deponien zwischengelagert werden mußten. Ein Teil dieser Deponien entsprach von Anfang an den Anforderungen zur Lagerung dieser Sonderabfälle. Für den Rest wurden in den letzten Wochen entsprechende Maßnahmen getroffen, sodaß nun alle Lagerungen ordnungsgemäß sind. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: EBS

=++++

40 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Seit der Übernahme der EBS durch die MA 30 wurden bereits rund 25 Prozent des gelagerten Sondermülls abgebaut. Für die übernommenen lagernden Fässer liegen aus dem Zeitraum der Anlieferung Lieferscheine mit Deklarationen vor, sodaß 80 bis 90 Prozent des Lagerstandes bekannt sind und daher einwandfrei entsorgt werden kann. Fässer, deren Inhalt nicht absolut als unschädlich deklariert werden kann, werden ausgesondert und einer genauen Analyse unterzogen. Alle jene Stoffe, deren einwandfreie Entsorgung zweifelhaft erscheint, werden von den EBS nicht angenommen und, so vorhanden, an andere Stellen weitergeleitet. Emissionsmessungen, die bereits in der Vergangenheit durchgeführt wurden, werden in Zukunft in verstärktem Ausmaß fortgesetzt.

Abschließend betonte Veleta, daß die Sonderabfallbeseitigungsanlagen der EBS nach dem letzten Stand der Technik errichtet wurden und damit auch eine Gefährdung der Umwelt ausgeschlossen werden kann. Sämtliche notwendigen Sofortmaßnahmen wurden bereits in Angriff genommen; teilweise im Sinne endgültiger Lösungen, teilweise als Provisorien im Übergang zu endgültigen Lösungen. Alle Mitarbeiter der EBS und der MA 30 sind bemüht, auch die Frage der Aufarbeitung des deponierten Materials so rasch wie möglich einer endgültigen Lösung zuzuführen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

41 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen vier Anfragen der FPÖ und drei Anfragen der ÖVP vor. Ein Antrag der FPÖ betreffend den Erlaß über Unterhaltszahlungen sowie Anträge der ÖVP betreffend das Kommunikationszentrum Gassergasse, die Benützung der U-Bahn mit dem Fahrrad, die Gültigkeit der Nachmittagsbildungsnetzkarte bereits ab 12 Uhr, ein Nacht- und Wochenendfahrverbot für einspurige Fahrzeuge im 1. Bezirk und ein "Schnuppermonat" für Autofahrer in öffentlichen Verkehrsmitteln wurden zugewiesen.

Zwtl.: Wiener Stadion

Zur Beantwortung einer von der ÖVP eingebrachten Anfrage über das Wiener Stadion meldete sich Stadtrat SCHIEDER zu Wort. Er stellte fest, daß die Verhandlungen mit dem Bund rechtzeitig begonnen wurden, sobald nämlich abzusehen war, daß das Stadion nicht mehr als Heimstätte für einen Wiener Spitzenklub zur Verfügung stehen wird. Im Jahr 1982 übersiedelte die Austria in das Horr-Stadion. Im Praterstadion finden dann nur noch Länderspiele und fallweise Europacup-Spiele statt. Deshalb wurde eine Übernahme durch den Bund ins Auge gefaßt. Die Gespräche mit dem Bund betreffen die Übernahme, die Revitalisierung und die Finanzierung des Stadions. Die Verhandlungen finden derzeit statt. Er hoffe, sagte Schieder, daß sie bis zum Sommer abgeschlossen werden können. Falls es zu keiner Einigung mit dem Bund kommen sollte, gibt es mehrere Konzepte. Diese Konzepte wurden auch in die Verhandlungen miteingebracht.

In den Jahren 1982/83 ist für das Wiener Stadion ein Betrag von ca. 90 Millionen S notwendig. Die Stadt Wien war auch in den vergangenen Jahre nicht untätig. Seit Anfang 1974 wurden von der Stadt 93 Millionen für das Stadion aufgewendet.

Wien strebt für das Praterstadion eine vernünftige Lösung mit einer Kostenbeteiligung des Bundes an, schloß Schieder. (Forts)
ger/fe

23. April 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1140

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Sportförderungsmittel

=++++

42 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) stellte den Antrag, aus den Sportförderungsmitteln 1982 Subventionen in der Höhe von insgesamt 190.000 S zu gewähren, und zwar an die österreichische Journalistengewerkschaft zur Durchführung des Sportpressefestes 1982, an den WAT zum Ankauf von Kanu-booten, an den ASKÖ Wien und WAT X zur Förderung des Eishockeysportes, sowie an den Sportclub Siebenhirten zur Neuherstellung eines Holzzaunes auf dem Sportplatz Anton-Freunschlag-Gasse.

GR. PAWKOWICZ bezeichnete in seiner Wortmeldung das Verhältnis der geforderten Subventionen zum Gesamtbetrag als gering. Für die größte Wiener Sportstätte, das Wiener Stadion, sei hingegen im heurigen Budget nichts vorgesehen gewesen. (Zwischenruf Stadtrat SCHIEDER: Die normalen Ausgaben für das Stadion sind im Rahmen des Stadthallenbudgets verankert). Die Verhandlungen mit dem Bund bezüglich einer Übernahme der Stadtionreparatur waren nicht rechtzeitig begonnen worden, warf GR. Pawkowicz Stadtrat Schieder vor. Der Zustand des Stadions sei beschämend, es sei kein Wunder, daß der Bund keine Lust habe, diese "Erbschaft" zu übernehmen. Die Vorgangsweise der Stadt Wien erinnere an "Kindesweglegung". Die Lösung könne nur sein, ein ordentliches Nutzungskonzept zu erstellen. GR. Pawkowicz stellte daher den ANTRAG, im Rahmen eines Ideenwettbewerbs ein Nutzungsmodell des Wiener Stadions, auch für urbane Zwecke, zu erarbeiten. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Sportförderungsmittel

=++++

44 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) sagte, für das Sportpressefest solle nun eine Subvention gewährt werden - wird dieses Fest noch in diesem Stadion stattfinden können? Seit 1960 wurde das Stadion jährlich ab 1979 viermal jährlich überprüft - das muß seinen Grund gehabt haben. Der Bauzustand war in der "Ära Heller" im Landessportportrat immer wieder Diskussionspunkt.

Zwei Probleme gibt es im wesentlichen für das Stadion: Den Bauzustand und die Auslastung; zwischen beiden besteht auch ein Zusammenhang. Hinsichtlich der Verbesserung des Bauzustandes liegen die ersten Anträge 15 Jahre zurück. Arthold gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß die Medien sich nie mit dem baulichen Zustand auseinandergesetzt haben. Er kritisierte, daß kein Nutzungskonzept erstellt wurde, obwohl sich absehen ließ, daß die Auslastung zurückgehen werde. Mit den vorgesehenen 80 Millionen werde das Auslangen nicht gefunden werden - allein für den Sektor B mußten 28 Millionen aufgewendet werden. Sicher sei, daß das Match gegen die CSSR stattfinden wird, ob das Sportpressefest über die Runden gehen wird, sei nicht sicher. Der Ruf des Wiener Sports steht und fällt mit den Stadion, formulierte Arthold abschließend.

In seinem SCHLUSSWORT sagte GR. LUDWIG, die Überdachung des Stadions sei Sache des Bundes - auch in anderen Bundesländern werden Sportstätten vom Bund errichtet oder später von ihm übernommen, wenn sie nationalen Zwecken dienen. In Wien müßte der Bund das auch tun. Wenn ein West-Stadion und Horr-Stadion für große Spiele zur Verfügung stehen, kann der Betrieb im Stadion natürlich nicht mehr so sein wie früher. Die Stadt Wien hat in den vergangenen Jahren immer wieder Millionen für das Stadion investiert.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Der FPÖ-Antrag (Nutzungskonzept) wurde einstimmig zugewiesen.
(Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Wiener Berufsschulen

=++++

45 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) stellte den Antrag, zur Durchführung der "Zweiten Woche der Wiener Berufsschulen" eine Subvention von 180.000 S zur Verfügung zu stellen.

GR. Hildegard WONDRA (SPÖ) nahm diesen Tagesordnungspunkt zum Anlaß, einen Überblick über den Ausbau und Aufbau der Wiener Berufsschulen zu geben. Sie bedauerte, daß die Lehrlinge häufig in der Öffentlichkeit vergessen werden. Im laufenden Schuljahr besuchen 31.500 Lehrlinge die Wiener Berufsschulen. Die Stadt Wien sei sich ihrer Verpflichtung bewußt, ihnen die Basis für eine gute Berufszukunft zu schaffen.

Es sei gelungen, in den letzten Jahren das oft negative Bild der Berufsschulen und Lehrlinge in der Öffentlichkeit zu verbessern. Mit dazu beigetragen hat auch der hohe finanzielle Aufwand für den Ausbau und den Weiterbau dieser Schultype. So stiegen die Budgetmittel von 170 Millionen im Jahr 1973 auf 515 Millionen im Jahr 1982. Die "Zweite Woche der Berufsschulen" bietet daher eine Möglichkeit für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, um die Leistungen der Lehrlinge zu präsentieren.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Flächenwidmung Heuberg

=++++

46 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Stadtteilplanungsgebiet Heuberg im 17. Bezirk, einem Areal mit ungefähr 3.000 Einwohnern und einer großen Zahl von Kleingärten, die nun teilweise in Gartensiedlungen umgewidmet werden.

GR. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, man habe die im Verlauf der Planung ursprünglich von den Kleingartenbesitzern befürwortete Beibehaltung der Widmung Kleingarten unterlaufen, indem man durch die Teilung des Gebietes auch ein teilweise anderes Ergebnis erreicht habe.

GR. MAYR (ÖVP) betonte die Bemühungen, bei der Flächenwidmung in diesem Gebiet möglichst alle Wünsche der Bevölkerung zu erfüllen. Deshalb seien auch die Entscheidungsgebiete möglichst klein gehalten worden. Für die Zukunft forderte Mayr noch klarere Richtlinien für den Vorgang von Umwidmungen. Gerade die Gartensiedlung sei als attraktive Wohnform für die Wiener zu fördern.

GR. Rosa HEINZ (SPÖ) betonte ebenfalls, daß die Meinungsvielfalt der Bevölkerung keine großflächige Planung ermöglicht habe. Überdies sagte Heinz, daß die Tendenz vom Kleingartengebiet zur Gartensiedlung auch in Zukunft weitergehen werde. Sie wies auf das Interesse der Bevölkerung an der Planung im unmittelbaren Wohnbereich hin, das sich im regen Besuch der Stadtteilplanungsausstellung am Heuberg manifestiert hat. Heinz sagte, daß die gemeinsam von Verwaltung und Bevölkerung erarbeitete Stadtteilplanung am Heuberg auch als Modell für die Zukunft stehe.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Damit war die Behandlung der in der Tagesordnung vorgesehenen Geschäftsstücke beendet. Es folgt die Besprechung der Mitteilungen der Stadträte MAYR und VELETA. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

48 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Zur Begründung des Antrages auf Besprechung der Mitteilung von Stadtrat MAYR über die Fertigstellung des AKH durch die VOEST meldete sich GR. WINDHAB (SPÖ) zu Wort. Das AKH ist eines der wichtigsten Projekte Österreichs. Die Betrauung der VOEST ist ein Schritt, der eine effiziente Baufortführung verspricht. Die Verhandlungen sind nunmehr soweit gediehen, daß eine Besprechung im Gemeinderat sinnvoll und notwendig erscheint.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Als erster Debattenredner sagte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), die heutige Mitteilung von Stadtrat Mayr sei das offizielle Eingeständnis der Bauherren, daß sie an diesem modernen "Turmbau zu Babel" gescheitert sind. Mit verschiedenen Konstruktionen gelang es nicht, das Geschehen in den Griff zu bekommen. In den 60er und frühen 70er Jahren erfolgten falsche Weichenstellungen und verheerende Vertragsabschlüsse. Auch das Planungsdefizit entstand in diesem Zeitraum. Am nachdenklichsten stimmt es, daß heute selbstführende Gesundheitspolitiker der Regierungspartei an die Sinnhaftigkeit dieses Baues nicht mehr recht glauben.

Grundsätzlich stehen wir der Betrauung der VOEST mit der Fertigstellung des AKH positiv gegenüber, sagte Hirnschall. Es ist die wohl letzte Chance, den Bau zu einem halbwegs vertretbaren Ende zu bringen. Die VOEST verdient einen Vertrauensvorschuß. Dies kann aber nicht bedeuten, daß der Bund und die Stadt Wien die Verantwortung für die Baustelle und die Verwendung der finanziellen Mittel abtreten. In dem Vertrag muß von Anfang an Klarheit über ein Zeit- und Kostenlimit geschaffen werden. Bei Auftragsvergaben müssen die Vergaberichtlinien Anwendung finden. Von entscheidender Bedeutung ist auch die kontinuierliche Fortsetzung der Kontrolltätigkeit durch das Kontrollamt. Es muß ein für beide Teile fairer Vertrag werden, betonte Hirnschall. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

49 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) stellte fest, daß die ÖVP bereits in der letzten Debatte eine dringliche Anfrage zum Thema AKH gestellt habe, deren Diskussion von der Mehrheitsfraktion jedoch abgelehnt worden sei. Die Schwierigkeiten beim Bau des AKH hätten sich in letzter Zeit noch verstärkt, die verschiedenen ausprobierten gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen wären ohne Erfolg geblieben. "Wir wissen bis heute nicht, was das derzeitige Team eigentlich schlecht gemacht hat", erklärte GR. Hahn und verlangte in diesem Sinn eine Information des Gemeinderates.

Das "Herumfuhrwerken" auf personeller Ebene zeige nur die Ratlosigkeit der SPÖ. Auch in der VOEST-Zeit müsse die Kontrolle durch das Wiener Kontrollamt sichergestellt sein, forderte GR. Hahn. Zusammenfassend stellte er fest, daß die VOEST der letzte Strohalm sei, an den sich die SP-Verantwortlichen klammerten.

Da seiner Meinung nach zu befürchten ist, daß bei der in Verhandlung stehenden Neukonstruktion die Stadt Wien auf jeden Einfluß bei der Mittelverwendung im AKH verzichtet, stellte GR. Hahn den ANTRAG, im Beauftragungsvertrag sicherzustellen, daß die neuen Eigentümer der AKPE verhalten sind, dem Kontrollamt der Stadt Wien kontinuierliche Bau- und Gebarungskontrollen zu ermöglichen.

(Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

50 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Vor einem Monat waren die Vertragsgespräche noch nicht soweit gediehen, daß darüber im Gemeinderat berichtet hätte werden können, sagte GR. WINDHAB (SPÖ). Nun hat Stadtrat MAYR die erste Möglichkeit für die Mitteilung genützt. Der ÖVP warf Windhab Bocksprünge bei ihrer Einstellung zum AKH vor.

Die Stadt Wien als Eigentümer wird vierteljährlich einen Bericht erhalten, der auch an den Sozialausschuß geht, sagte Windhab weiter. Dem Ausschuß ist es unbenommen, die Weiterleitung an den Gemeinderat zu veranlassen, wenn er dies für notwendig hält.

Die kriminellen Ereignisse am Rande des AKH haben zu einer Bauverzögerung beim AKH geführt. Durch den Vertrag mit der VOEST wird ein neuer Weg vorgezeichnet, der einen effizienten Baufortschritt verspricht. An die Opposition richtete Windhab die Einladung, gemeinsam einen konstruktiven Weg zu beschreiten .

(Forts.) and/fe

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

51 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) bezeichnete die Mitteilung von Stadtrat MAYR als karg und sehr vorsichtig formuliert. Gegen die geplante Konstruktion meldete sie ihre Skepsis an. Die begleitende Kontrolle müßte bei der Beauftragung der VOEST klarer und schärfer formuliert werden. Die begleitende Kontrolle sei jedoch kein Ersatz für das Kontrollamt der Stadt Wien. Im Interesse der Steuerzahler sei die Überprüfung durch Kontrollamt und Rechnungshof einfach zwingend.

Die Rolle, die die VOEST übernehme, sei nicht die eines Generalunternehmers, sie tritt lediglich an die Stelle von Bund und Land Wien. Es ist dies daher kein Beauftragungsverhältnis sondern ein Ersatzverhältnis.

Es sieht so aus, betonte Schaumayer, als ob der neue Vertrag mit der VOEST das geplante Vergabegesetz umgehen möchte. Gerade wegen der Vorfälle um das AKH wurde dieses Vergabegesetz geplant, nun aber solle es nicht für das AKH gelten. An Stadtrat Mayr gerichtet, stellte GR. Schaumayer die Aufforderung, weiter mit der VOEST zu verhandeln, um zu einem besseren Ergebnis und zu einem für beide Teile fairen Vertrag zu gelangen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

52 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYERHOFER (SPÖ) gab sich zuversichtlich, daß die Verhandlungen mit der VOEST zu einem guten Ergebnis kommen werden. Die Kritik der ÖVP gehe daher ins Leere. Das AKH muß rasch und zu einem angemessenen Preis fertig werden. Die VOEST ist dazu prädestiniert. Für die VOEST ist es aber auch ein Projekt, das sie befähigen wird, sich in der Folge auch an internationalen Spitalsausschreibungen zu beteiligen. Zur Kritik, daß die Vergabebestimmungen der Ö-Norm 2050 umgangen werden, meinte GR. Mayerhofer, daß diese Ö-Norm sinngemäß anzuwenden sei, ebenso werde das künftige Vergabegesetz berücksichtigt werden. Der Redner verwies darauf, der Vertrag mit der VOEST garantiere, daß Wiener Firmen bei den Ausschreibungen zum Zug kommen werden. Das sei von großer Bedeutung für die Wirtschaft unserer Stadt.

Die Affären AKH und WBO können und dürfen nicht miteinander verglichen werden. Es sei ein großer Unterschied, ob Manager Schmiergelder nehmen oder sich eine politische Partei zu Lasten kleiner Häuselbauer finanzieren läßt. Beim AKH wurden die Verantwortlichen durch die Gerichte bestraft.

Mit dem Abschluß des Vertrages mit der VOEST trete der Bau des AKH in eine entscheidende Phase. Das Wiener AKH wird das Gesundheitszentrum Österreichs, in dem Lehre, Wissenschaft und Forschung zu Hause sein werden. In diesem größten und modernsten Spital Österreichs werde auch alles zum Wohle der Kranken unternommen. (Forts.) fk/fe

NNNN

Ergänzung zum Gemeinderatsbericht

.....

Durch ein bedauerliches technisches Versehen wurde in unserem Bericht über die Sitzung des Wiener Gemeinderates am 23. April 1982 eine Seite doppelt gedruckt und eine Seite gar nicht. Der Ordnung halber bringen wir nachstehend die fehlende "rk"-Seite:

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

53 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) sagte, er halte die Beauftragung der VOEST mit der Weiterführung des AKH-Baues grundsätzlich für die beste Lösung. Allerdings werde ihn das nicht daran hindern, den Vertrag mit der VOEST daran zu messen, ob die Interessen des Steuerzahlers gut vertreten werden. Dazu müßte man allerdings wissen, was wirklich in dem Vertragswerk steht. Denn der Bericht, den Stadtrat MAYR dem Gemeinderat gelegt hat, verschweige Wesentliches: So sei etwa nur zwischen den Zeilen zu erfahren, daß die VOEST nun die Mehrheit im Aufsichtsrat der AKPE hat. Weiter zähle zu den ungeklärten Fragen, ob es ein Pönale für den Fall gibt, daß die Fertigstellung des AKH nicht zeitgerecht erfolgt. Das Faktum, daß für Aufträge im Bereich des AKH nur eine beschränkte Ausschreibung gilt, bezeichnete Busek als ebensowenig einsichtig, wie den Mangel einer laufend zu ermittelnden Betriebskostenrechnung für das Spital.

Nach einer Serie von offensichtlichen Fehlentscheidungen auf politischer Ebene und "besten Lösungen" für die Organisation der AKPE, stelle die SPÖ wieder einmal dem Gemeinderat eine "beste Lösung" vor. Seiner Ansicht nach - so Busek - seien jedoch noch eine Reihe von Klärungen in dem Vertragswerk notwendig. Er werde auch die zukünftige Entwicklung beim Bau des AKH im Interesse des Wiener Steuerzahlers im Auge behalten. (Forts.) gab/gg

NNNN

23. April 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1149

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

54 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR betonte, daß im Vertrag mit der VOEST den Vergaberichtlinien größtes Augenmerk zugewendet wird. Er sehe allerdings auch ein, daß ein Unternehmen nicht ein Zehntel seines Umsatzes anders behandeln kann, als die restlichen 9 Zehntel. Im Bereich des Bundes genügt als Kontrollinstanz für ein weitaus größeres Volumen als bei der Stadt Wien der Rechnungshof. Wir schaffen mit der begleitenden Kontrolle, die ein Organ der Gebietskörperschaften ist, ein zusätzliches Instrument. Mayr schlug vor, den Antrag der ÖVP über die zusätzliche Heranziehung auch des Kontrollamtes dem Finanzausschuß zuzuweisen. Die VOEST kann Ende 1983 keineswegs aus dem Vertrag aussteigen. Es wird ein Zeit- und Kostenplan erarbeitet. Wenn es dabei - was er nicht glaube - zu keiner Einigung kommen sollte, so wird es eine Schiedsgerichtsentscheidung geben.

Die ARGE-AKH hat die letzte Entscheidung in allen Fragen, die die Kosten verändern.

Wir können und wollen uns der politischen Verantwortung für den Bau des AKH nicht entziehen, betonte Mayr. Es geht ausschließlich darum, eine optimale Form zu finden.

Er vertrete nach wie vor die Überzeugung, sagte Mayr, daß die Zusammenfassung der vielen Baudienststellen in einer Baubeauftragungsgesellschaft richtig war. Diese Rechtsform blieb im wesentlichen unverändert. Es ist keine Frage, daß ein Manager falsch ausgewählt wurde. Mayr schloß mit der Bitte, bei der grundsätzlich besten Lösung, nämlich dem Vertrag mit der VOEST, mitzugehen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag der ÖVP wurde einstimmig zugewiesen.

(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

54 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR betonte, daß im Vertrag mit der VOEST den Vergaberichtlinien größtes Augenmerk zugewendet wird. Er sehe allerdings auch ein, daß ein Unternehmen nicht ein Zehntel seines Umsatzes anders behandeln kann, als die restlichen 9 Zehntel. Im Bereich des Bundes genügt als Kontrollinstanz für ein weitaus größeres Volumen als bei der Stadt Wien der Rechnungshof. Wir schaffen mit der begleitenden Kontrolle, die ein Organ der Gebietskörperschaften ist, ein zusätzliches Instrument. Mayr schlug vor, den Antrag der ÖVP über die zusätzliche Heranziehung auch des Kontrollamtes dem Finanzausschuß zuzuweisen. Die VOEST kann Ende 1983 keineswegs aus dem Vertrag aussteigen. Es wird ein Zeit- und Kostenplan erarbeitet. Wenn es dabei - was er nicht glaube - zu keiner Einigung kommen sollte, so wird es eine Schiedsgerichtsentscheidung geben.

Die ARGE-AKH hat die letzte Entscheidung in allen Fragen, die die Kosten verändern.

Wir können und wollen uns der politischen Verantwortung für den Bau des AKH nicht entziehen, betonte Mayr. Es geht ausschließlich darum, eine optimale Form zu finden.

Er vertrete nach wie vor die Überzeugung, sagte Mayr, daß die Zusammenfassung der vielen Baudienststellen in einer Baubeauftragungsgesellschaft richtig war. Diese Rechtsform blieb im wesentlichen unverändert. Es ist keine Frage, daß ein Manager falsch ausgewählt wurde. Mayr schloß mit der Bitte, bei der grundsätzlich besten Lösung, nämlich dem Vertrag mit der VOEST, mitzugehen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag der ÖVP wurde einstimmig zugewiesen.
(Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

55 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) begründete den Antrag auf Besprechung der Mitteilung Stadtrat VELETAS bezüglich der EBS. Durch diverse Zeitungsmeldungen sowie kontroversielle Aussagen der Oppositionspolitiker sei es in der Öffentlichkeit zu einer Verunsicherung gekommen, die eine Diskussion im Gemeinderat erforderlich mache. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Die Mitteilung Veletas beweise eindeutig, was in den EBS alles schief gelaufen sei, erklärte GR. KUCHAR (FPÖ) in seiner Wortmeldung. Obwohl die EBS seit ihrer Gründung im Jahr 1976 ihre Aufgabe nicht erfüllen konnte, wären die entsprechenden Konsequenzen nicht gezogen worden. Auch die Vereinheitlichung der Betriebsführungen der Hauptkläranlage und der EBS sei viel zu spät durchgeführt worden. Die fehlenden Konsequenzen hätten die Öffentlichkeit viele Milliarden Schilling gekostet. Sondermüll wurde, wie Stadtrat VELETA selbst zugegeben hat, außerhalb der behördlichen Richtlinien gelagert. Diese Vorgangsweise eines Gemeindebetriebes müsse auf die Bevölkerung, die selbst streng kontrolliert werde, negative Auswirkungen haben. Bisher wurden erst 3.000 bis 4.000 Fässer an Sondermüll abgebaut; es werde also noch längere Zeit bis zum vollständigen Abbau dauern.

Abschließend erklärte GR. KUCHAR, die Mehrheitsfraktion sollte dazu übergehen, Schwierigkeiten nicht aus dem Weg zu gehen und sie nicht zu beschönigen, sondern Fehler einzugestehen und rechtzeitig Konsequenzen zu ziehen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

56 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP) berichtete, daß zu Ostern einige Tonnen eines arsenhaltigen Präparates an die EBS geliefert wurden, die vorerst in den Verbrennungsbunker gebracht wurden. Sie wurden mit dem übrigen Chemiemüll vermischt. Beim Personal zeigten sich Hautreaktionen, und schließlich wurde das, wie Strunz sagte, krebserzeugende Präparat, das in Österreich verboten ist, in Container umgefüllt, die noch auf dem Gelände der EBS stehen. Strunz warnte vor den möglichen gefährlichen Reaktionen beim Zusammentreffen mit anderen Chemikalien oder Erhitzung unter anderem auch für Grund- und Oberflächenwasser. Strunz erläuterte, daß solche Verbindungen nur in unlösliche übergeführt werden können. Er sprach von einem hilflosen Manipulieren und betonte die Gefährlichkeit bei der Mischung mit anderen Verbindungen. An Stadtrat VELETA richtete er die Frage, wie er die gefährlichen toxischen Substanzen entsorgen werde, ohne daß dadurch die Mitarbeiter der EBS und die Anrainer gefährdet werden.

Schließlich wies DDr. Strunz darauf hin, daß zur gleichen Zeit Reste nach dem Düngerbrand in Salzburg angeliefert wurden - eine stickstoffhaltige Verbindung, die man nicht verbrennen kann - die sich jetzt auf einer Rotte befinden. Es wird zu klären sein, was damit geschieht, wenn die chemischen Untersuchungen durch die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien abgeschlossen sind.
(Forts.) and/fe

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

59 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPÖ) bedauerte, daß das gute Arbeitsklima des Gemeinderatsausschusses nicht auch in der Öffentlichkeit aufrecht erhalten bleibt. Von einigen ÖVP-Politikern, so zum Beispiel vom Abg. BERGMANN, werde die Sperre der EBS verlangt. Dieser Vorschlag sei jedoch ungeeignet, mit dem Problem Sondermüll fertig zu werden. Ein Sondermüllentsorgungsbetrieb wie die EBS ist schon aus Umweltschutzgründen nötig. Der von Stadtrat VELETA vorgelegte Bericht enthält eine ungeschminkte Darstellung, wie an der Lösung der Probleme gearbeitet wird.

Eine Gefährdung der Umwelt durch die EBS kann ausgeschlossen werden, die behördlichen Auflagen wurden voll erfüllt, zusätzliche Wannen zur Lagerung gefährlicher Stoffe wurden errichtet. Es ist sichergestellt, daß nichtentsorgbare Stoffe künftig weder angenommen noch gelagert werden.

Zur Zeit wird ein ökonomisch sinnvolles Konzept erarbeitet, das zu betriebswirtschaftlichen Vorteilen sowohl bei den EBS, als auch bei den Heizbetrieben Wien führen wird. Das bedeutet Umweltschutz in dem Sinn, daß Sondermüll fachgerecht und umweltfreundlich verarbeitet wird, aber auch, daß Fernwärme, die zu den umweltfreundlichsten und kostengünstigsten Heizungsmöglichkeiten zählt, gewonnen wird. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

60 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) stellte zunächst - zur Klärung der Höhe der Gesamtkosten - den ANTRAG eine Übersicht über die Kosten des Abwasserbeseitigungsprojektes WABAS 80 zu erstellen. Die Aufstellung soll neben den ursprünglichen, bisherigen und voraussichtlichen Gesamtkosten des Gesamtprojektes die ursprünglichen und tatsächlichen Gesamtkosten der Hauptkläranlage und eine Aufstellung über alle Sachkreditbeschlüsse betreffend das Projekt WABAS 80 enthalten.

Zum Bericht von Stadtrat VELETA sagte Hampel-Fuchs, daß nach wie vor eine Reihe von Tatsachen unverändert bleibt. Es lagern noch immer insgesamt 50.000 Tonnen Sondermüll auf teilweise den Vorschriften nicht entsprechenden Deponien. Es gibt keinen Terminplan zur Vernichtung dieses Sondermülls und keine ausreichende Deklaration der Fässer, die den Sondermüll beeinhalteten. Tatsache ist also, daß die Belästigung und die Gefahr durch die Deponien weiterbestehen und keine Gewähr gegeben ist, daß sich in dieser Beziehung rasch etwas ändert. Insgesamt bezeichnet Hampel-Fuchs die Mitteilung als inhaltlich unzureichend und richtete an Stadtrat Veleta den Wunsch, im Interesse der Bevölkerung rasch und effektiv zu handeln. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

61 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) erinnerte daran, daß auf Grund einer Initiative von Bürgermeister Gratz schon 1975 der Entwurf für ein Sondermüllgesetz vorgelegt wurde. Eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes verhinderte die Beschlußfassung, weil diese Kompetenz dem Land nicht zusteht. In den letzten Monaten ging nun eine neue begrüßenswerte Initiative von Gesundheitsminister Steyrer aus. Die Gesundheits- und Umweltpolitik muß Vorrang vor Kompetenzfragen haben. Wien hat besondere Anstrengungen unternommen, um Vorkehrungen für die Bewältigung des anfallenden Sondermülls zu treffen. Anlaufschwierigkeiten lassen noch nicht die volle Wirksamkeit der Anlage zu. Die Fehlerquellen sind auszumerzen. Verlieren wir dabei aber nicht das positive Gesamtkonzept aus den Augen, sagte Mrkvicka. Von der ÖVP werden die widersprüchlichsten Aussagen gemacht. Bergmann will zusperren, Fürst einen Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Veleta, und die Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses bleiben sozusagen im Regen stehen. Mrkvicka schloß mit einem Bekenntnis zur Zusammenarbeit bei der Bewältigung des Sondermüllproblems. (Forts.) ger/fe

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

62 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) bezog sich auf Aussendungen von Bürgermeister GRATZ, der die Verwahrlosung des politischen Stils beklagt hatte. Ein Apell an die andere Seite sei zum Scheitern verurteilt, zur Besserung müsse man sich öfter selbst in den Spiegel schauen. Die sachliche Diskussion müsse im Interesse der amtsführenden Fraktion liegen.

Es werde keinen Mißtrauensantrag gegen Stadtrat VELETA geben, so lange der Kontrollamtsbericht zur EBS nicht vorliege, erklärte GR. Schaumayer. Den Ruf nach einem bundesweiten Gesetz für Sondermüll bezeichnete sie als nicht notwendig; eine Kombination aus technischem Wissen und Hausverstand müßte zur Lösung der Probleme ausreichen.

Zum Thema Sondersteuer auf Einweggebinde wies GR. Schaumayer auf den Widerspruch hin, daß der Produzent solcher Plastikflaschen ein staatliches Unternehmen und diese Entwicklung aus öffentlichen Mitteln gefördert sei. Dieses Unternehmen würde jetzt von Steuersanktionen bedroht.

Abschließend bekräftigte GR. Schaumayer, daß die ÖVP in Sachen EBS erst dann Stellung beziehen werde, wenn der Kontrollamtsbericht vorliege. (Forts.) roh/bs

NNNN

23. April 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1157

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

63 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort sagte Stadtrat VELETA, durch die EBS wurde ein entscheidender Schritt zur Entsorgung von Sondermüll getan, obwohl dafür noch keine gesetzliche Regelung besteht. Die EBS haben den Betrieb im Juli 1980 aufgenommen, nach einem Jahr ist die Entscheidung gefallen, Hauptkläranlage und EBS gemeinsam zu führen. Bei der Anführung der Kosten für WABAS 80 dürfe man nicht nur die Hauptkläranlage, sondern das gesamte Projekt betrachten, sagte Stadtrat Veleta weiter. Alle Sonderdeponien wurden - mit Ausnahme einer - behördlich genehmigt. Maßnahmen gegen Emissionen der Kläranlage begannen sofort nach der Inbetriebnahme. Er habe immer darauf hingewiesen, daß die Hauptkläranlage dort angelegt wurde, wo sich auch andere Unternehmen befinden, die möglicherweise eine Geruchsbelästigung verursachen, und es wird versucht, die Geruchsbelästigung abzubauen, führte der Stadtrat weiter aus. Die EBS ist nicht voll einsatzfähig, weil die gesamte Anlage mit zwei Wirbelstromöfen und zwei Drehrohröfen nur kurzzeitig betrieben werden kann: Dafür fehlt nämlich das Kühlsystem, weil im Endausbau ja vorgesehen ist, die Abwärme als Fernwärme zu nützen. Hinsichtlich der Deponie Schwechat wurden Verhandlungen mit der Flughafengesellschaft aufgenommen, und es wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das klären soll, wie die Deponie am besten beseitigt werden kann. Hinsichtlich des arsenhaltigen Pflanzenschutzmittels kündigte Veleta die Weiterleitung an eine Sonderdeponie in der BRD an; überdies hat das Vorkommnis zu personellen Konsequenzen geführt. Die bei der Biomüll gelagerten Brandrückstände wurden von der MA 39 geprüft, das Ergebnis steht noch aus. Dem Vorwurf einer unzureichenden Bewachung der EBS stellte er den heutigen Kurier-Artikel gegenüber, in dem festgestellt wurde, daß die EBS nicht einmal fotografiert werden durften. (Forts.)
and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: EBS-Debatte

=++++

64 Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Einen Terminplan könne man jetzt noch nicht bekanntgeben, sagte Stadtrat VELETA weiter, aber man kann sehen, daß die Mitarbeiter der EBS bemüht sind, alles zu tun, um das Lager so rasch wie möglich abzubauen. Er bedauerte, daß DDR. Strunz keine Möglichkeit gesehen hat, ein Gutachten abzugeben, welche Möglichkeiten am besten und zweckmäßigsten aus der Sicht des Chemikers zur Bewältigung der Probleme der EBS bestehen.

"Ich bin an sachlicher Diskussion interessiert", führte Stadtrat Veleta weiter aus. Alle Kräfte sollte sachlich mitarbeiten. Es bestehe kein Einwand dagegen, alle Berichte objektiv durch das Kontrollamt prüfen zu lassen.

Zum Vorwurf, es habe nicht genügend Schamottsteine gegeben, erläuterte Veleta, daß die Öfen nach 8.000 bis 9.000 Stunden Betrieb neu ausgemauert werden müssen. Nachdem ein Ofen diese Leistung erbracht hatte, wurde die Neuschamottierung durchgeführt, und es wurden für den zweiten, der anschließend abgeschaltet werden mußte, sofort die notwendigen Steine bestellt; die Lieferzeit beträgt jedoch etliche Wochen. Die MA 30 wurde angewiesen, nach dem Ausfall der unbrauchbaren Mahltrockner ein neues System zu entwickeln. Ein entsprechendes Gutachten wurde in Auftrag gegeben.

Es wird alles getan, um eine Aufgabe, für die es keine bundesgesetzlichen Regelungen gibt, die aber für die Bevölkerung notwendig ist, so zu erfüllen, daß keine Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt besteht, ergänzte Veleta.

ABSTIMMUNG: Der ÖVP-Beschlußantrag (Kostenübersicht für WABAS 80) wurde einstimmig zugewiesen.

Die Mitteilung wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 19.37 Uhr geschlossen. (Schluß)
and/fe

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Überreichung des Jugendbuchpreises

=++++

43 Wien, 23.4. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK eröffnete am Freitag im Wiener Künstlerhaus die Jugendliteraturwoche "Literatur für junge Leser". Im Rahmen der Eröffnung überreichte Zilk die Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien 1982 an folgende Preisträger:

- Kleinkinderbuchpreis: Wolf Harranth, "Mein Opa ist alt und ich hab ihn sehr lieb", Verlag Jungbrunnen
- Illustrationspreis: Christine Oppermann-Dimow, Illustration von "Mein Opa ist alt und ich hab ihn sehr lieb".
- Kinderbuchpreis: "Mädchen dürfen pfeifen, Buben dürfen weinen", Sammelband, Verlag Jugend und Volk
Lene Mayer-Skumanz, "Jakob und Katharina", Verlag Herder
- Jugendbuchpreis: Christine Nöstlinger, "Das Austauschkind", Verlag Jugend und Volk.

Ehrendiplome erhielten Susi Jahoda, Mira Lobe, Hilde Leiter, Werner Pichler und Renate Welsh. Im Anschluß an die Preisübergabe las Fritz Muliär aus den preisgekrönten Werken. Neben den Gästen aus Politik und Kultur waren hunderte Kinder ins Künstlerhaus gekommen. (Schluß) gab/gg

NNNN



termine

Freitag, 23. April 1982

Blatt 55

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen

Wien, 23.4. (RK) In der kommenden Woche finden folgende Wiener Bezirksvertretungssitzungen statt:

Mittwoch, 28. April:

15.00 Uhr, Meidling, 12, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock,
Sitzungssaal

16.00 Uhr, Penzing, 13, Hietzinger Kai 1, Festsaal.

Führungen im Mai 1982

Wien, 23.4. (RK)

Historisches Museum der Stadt Wien

4, Karlsplatz

- | | | | |
|-------------|-------|------------|---|
| Sonntag, | 2.5. | 10.00 Uhr) | Sonderausstellung "Evangelisch in Wien" |
| | | 15.00 Uhr) | <u>letzte Führung!</u> |
| Donnerstag, | 6.5. | 17.30 Uhr | "Wien im Mittelalter" |
| | | | Führungen Dr. Bisanz |
| Samstag, | 8.5. | 15.00 Uhr | "Wien vom 16. bis zum 18. Jahrhundert" |
| Sonntag, | 9.5. | 10.00 Uhr | "Wie Wien früher aussah" (Führung für
Kinder von 8 - 12 Jahren) |
| | | 15.00 Uhr | "Wien im 18. Jahrhundert" |
| Donnerstag, | 13.5. | 17.30 Uhr | "Wien zur Zeit Joseph Haydns" (Führung
für Kinder von 8 - 12 Jahren) |

Führungen Dr. Deutschmann

Samstag, 15.5. 15.00 Uhr)
 Sonntag, 16.5. 10.00 Uhr) Sonderausstellung "Wien zur Zeit
 15.00 Uhr) Joseph Haydns"
 Donnerstag, 20.5. 10.00 Uhr)
 15.00 Uhr)

Führungen Dr. Dürigl

Samstag, 22.5. 15.00 Uhr)
 Sonntag, 23.5. 10.00 Uhr) Sonderausstellung "Wien zur Zeit
 15.00 Uhr) Joseph Haydns"
 Donnerstag, 27.5. 17.30 Uhr)

Führungen Dr. Schusser

Samstag, 29.5. 15.00 Uhr "Vindobona"
 Sonntag, 30.5. 10.00 Uhr "Die dunklen Jahrhunderte Wiens -
 400 - 1000 n. Chr."
 15.00 Uhr "Wien bis ans Ende des Mittelalters"

Führungen Dr. Harl

Uhrenmuseum

1, Schulhof 2

Sonntag, 2.5. 10.00 Uhr "Zeiger und Zifferblätter im Wandel der
 Zeit"
 11.00 Uhr "Die Kunstuhr der Wiener Weltaus-
 stellung 1873"
 Sonntag, 16.5. 10.00 Uhr "700 Jahre öffentliche Zeitmessung
 zu St. Stephan"
 11.00 Uhr "Flötenuhren und singende Vögel"
 Samstag 29.5. 15.00 Uhr Übersichtsführung (Kamleithner)

Führungen Scharinger

alle Führungen mit Vorführungen!

Römische Ruinen unter dem Hohen Markt

1, Hoher Markt 3

Dr. Harl führt jeden Dienstag um 16 Uhr.

Virgilkapelle

U-Bahnstation Stephansplatz

Dr. Harl führt jeden Mittwoch um 16.30 Uhr.

Haydn-Wohnhaus

6, Haydngasse 19

Dr. Schusser führt am Sonntag, dem 30.5. um 10.30 Uhr.

Für geschlossene Gruppen ab 8 Personen können auch andere Termine vereinbart werden. Telefonische Anmeldung für das Historische Museum und die Römischen Baureste Am Hof unter der Nummer 42804/741 Kl. 49, für das Uhrenmuseum unter der Nummer 63 22 65. Die Führungen sind kostenlos.

- - -

Führungen durch das Wiener Rathaus

=====

Wien, 23.4. (RK) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

Kommunal: Statteplanung - - - - -
Wasser für das Heidejockl
Supermärkte nicht immer "super sicher"

Politik: Wiener Delegation nach Westberlin

Kultur: Prämien für Kleingalerien

Nur

Über FS: 24.4. Städtiger Mensapark